

1. Teil: Strafrechtliche Grundlagen	1
1. Abschnitt: Begriff und Quellen des materiellen Strafrechts	1
2. Abschnitt: Geltungsbereich des deutschen Strafrechts	2
A. Inlandstaaten	2
B. Auslandstaaten	3
3. Abschnitt: Die Zwecke strafrechtlicher Verbote und ihrer Rechtsfolgen	5
A. Fragmentarischer Schutz von Rechtsgütern	5
B. Zwecke von Strafen und Maßregeln	6
I. Strafen.....	6
II. Maßregeln der Sicherung und Besserung	7
4. Abschnitt: Die Gerechtigkeitsprinzipien des Strafrechts	8
A. Das Gesetzlichkeitsprinzip	8
I. Inhalt und verfassungsrechtliche Verankerung	8
II. Adressaten	9
III. Reichweite.....	9
IV. Die vier Kardinalprinzipien des Strafrechts, abgeleitet aus dem Gesetzlichkeitsprinzip	10
1. Keine Strafbarkeit ohne geschriebenes Gesetz – strenger Gesetzesvorbehalt	11
2. Keine Strafbarkeit ohne sicheres Gesetz – Bestimmtheitsgrundsatz	11
3. Keine Strafbarkeit ohne strenges (streng beachtetes) Gesetz – Verbot täterbelastenden Gewohnheitsrechts und täterbelastender Analogie; Auslegung und Grenzen	12
a) Verbot täterbelastenden Gewohnheitsrechts	12
b) Verbot täterbelastender Analogie	12
c) Auslegungsmethoden	14
aa) Legaldefinition	14
bb) Grammatische Auslegung	14
cc) Systematische Auslegung	14
dd) Subjektiv-historische Auslegung	15
ee) Verfassungskonforme Auslegung	15
ff) Gemeinschaftskonforme Auslegung	15
gg) Objektiv-teleologische Auslegung	15
d) Grenzen der Auslegung	16
4. Keine Strafbarkeit ohne vorheriges Gesetz	17
a) Rückwirkungsverbot für Strafgesetze	17
b) Verbot rückwirkender und täterbelastender Rechtsanwendung	18
B. Das Schuldprinzip	19
I. Inhalt und verfassungsrechtliche Verankerung	19
II. Reichweite	20

5. Abschnitt: Deliktsarten	21
A. Vorsatz- und Fahrlässigkeitsdelikte	21
B. Erfolgsdelikte, schlichte Tätigkeitsdelikte	22
C. Begehungs- und Unterlassungsdelikte	23
D. Vollendung und Versuch	24
E. Vergehen und Verbrechen	24
F. Grundtatbestand, Qualifikation, Privilegierung	25
G. Allgemeindelikte, Sonderdelikte, eigenhändige Delikte	26
■ Zusammenfassende Übersicht: Deliktsarten	27
6. Abschnitt: Die für alle Delikte gültigen Strafbarkeitsvoraussetzungen	28
A. Handlung	28
I. Funktion	28
II. Die strafrechtlichen Handlungslehren	28
III. Einordnung der Handlung in den Verbrechensaufbau	30
B. Tatbestandsmäßigkeit	30
I. Funktion	30
II. Simultaneitätsprinzip	30
III. Stellung von Vorsatz und Fahrlässigkeit	31
IV. Lehre von der objektiven Zurechnung	32
C. Rechtswidrigkeit	32
I. Funktion	32
II. Eigenständigkeit von Tatbestandsmäßigkeit und Rechtswidrigkeit	32
D. Schuld	33
E. Sonstige Strafbarkeitsvoraussetzungen	33
I. Objektive Strafbarkeitsbedingungen	33
II. Strafausschließungsgründe; Strafaufhebungsgründe	34
III. Prozessuale Strafbarkeitsvoraussetzungen und -hindernisse	34
IV. Strafzumessungsvorschriften	35
V. Konkurrenzen	35
2. Teil: Das vollendete vorsätzliche Erfolgsdelikt als Begehungstat	36
1. Abschnitt: Tatbestandsmäßigkeit	37
A. Objektive Tatbestandselemente	37
I. Deliktsspezifische äußere Unrechtsmerkmale	37
II. Tathandlung	37
Fall 1: „Handlung“ und „Nichthandlung“; Unterlassen als Handlung	38
III. Kausalzusammenhang zwischen Handlung und Erfolg	41
1. Bedingungs- oder Äquivalenztheorie (conditio sine qua non-Formel)	41
Fall 2: Jede Handlung kann für sich hinweggedacht werden	43
2. Lehre von der gesetzmäßigen Bedingung	44

IV. Gefährdungs- und Kausalzusammenhang zwischen einer kausalen Handlung und dem Erfolg	45
1. Der Streit um das Erfordernis einer objektiven Zurechnung	45
2. Problematische Fallgruppen	47
a) Fehlen eines rechtlich missbilligten Risikos.....	47
aa) Schadenseintritt außerhalb menschlicher Steuerbarkeit	47
bb) Sozialadäquanz	48
cc) Risikoverringerung.....	49
b) Zurechnungsausschluss mangels Risikozusammenhangs	49
aa) Inadäquanz	49
bb) Fehlender Schutzzweckzusammenhang	50
cc) Hypothetische Abläufe mit demselben Erfolg	51
dd) Risikoabbruch	51
ee) Anknüpfende Zweithandlungen	52
Fall 3: Zwei Mörder desselben Opfers	53
Fall 4: Mord und Totschlag durch denselben Täter am selben Opfer	57
■ Zusammenfassende Übersicht: Kausalität, obj. und subj. Erfolgszurechnung	62
B. Subjektive Tatbestandselemente	63
I. Tatbestandsvorsatz	63
1. Bezugspunkte und Konkretisierung des Vorsatzes	63
2. Zeitliche Beziehung zwischen Tatverwirklichung und Vorsatz	64
Fall 5: dolus subsequens; Grenzen der subjektiven Zurechenbarkeit von Kausalabweichungen	65
3. Vorsatzformen	67
a) Absicht.....	67
b) Direkter Vorsatz	68
c) Eventualvorsatz	68
Fall 6: dolus eventualis für einen Deliktserfolg und seine Abgrenzung zur bewussten Fahrlässigkeit sowie zum Gefährdungsvorsatz	69
4. Vorsatzkombinationen	74
Fall 7: dolus alternativus; dolus cumulativus	74
II. Deliktsspezifische subjektive Tatbestandsmerkmale	77
1. „Wider besseres Wissen“	77
2. „Absicht“	77
■ Zusammenfassende Übersicht: Subjektiver Tatbestand des vorsätzlichen Begehungsdelikts	78
2. Abschnitt: Rechtswidrigkeit	79
A. Systematik der Erlaubnissätze	79
I. „Rechtswidrigkeit“ im Strafgesetz als Tatbestandsmerkmal oder als bloßer Hinweis auf etwaige Rechtfertigungsgründe	79
II. Rechtsquellen für Erlaubnissätze	80

III. Nur beschränkte Geltung des Gesetzlichkeitsprinzips aus	
Art. 103 Abs. 2 GG	80
1. Kein numerus clausus	80
2. Keine teleologische Reduktion, wohl aber Auslegung und ausdehnende Analogie	80
IV. Rechtswirkungen von Rechtfertigungsgründen	81
1. Eingriffsrecht und Duldungspflicht	81
2. Mangels Unrecht auch keine Teilnahmefähigkeit	82
3. Teilbarkeit der Rechtfertigung	82
V. Gemeinsame Strukturen der „Erlaubnistatbestände“	82
VI. Ex-post-Perspektive bei der Konfliktlage und ex-ante-Perspektive bei der Eingriffshandlung	83
VII. Das subjektive Rechtfertigungselement	83
1. Notwendigkeit	83
2. Inhalt	83
3. Rechtsfolgen fehlender subjektiver Rechtfertigung	84
VIII. Prüfungsreihenfolge bei mehreren möglichen Rechtfertigungsgründen	85
1. Grundsatz der Spezialität	85
2. Konkurrenzen von Rechtfertigungsgründen	85
B. Rechtfertigungsgründe zum Schutz von Interessen der Rechtsordnung	86
I. Notwehr, § 32	86
1. Angriff	87
2. Gegenwärtigkeit des Angriffs	89
3. Rechtswidrigkeit des Angriffs	90
4. Verteidigung	90
5. Erforderlichkeit der Verteidigungshandlung	92
6. Gebotenheit der Verteidigungshandlung	93
a) Bagatelangriffe	94
b) Krasses Missverhältnis	94
c) Angriff schuldlos Handelnder	94
d) Persönliche Nähebeziehung	95
e) Notwehr gegen Schutz- oder Schweigegelderpresser	96
f) Widerstand gegen hoheitliches Handeln	97
g) Europäische Menschenrechtskonvention	97
h) Schuldhafte Herbeiführung der Notwehrlage	98
aa) Absichtsprovokation	98
bb) Sonst vorwerfbar herbeigeführte Notwehrlage	99
Fall 8: Notwehrverkettungen; actio illicita in causa	101
i) Abwehrprovokation	105
7. Verteidigungswille	105
8. Nothilfe	106
a) Notwehrbeschränkungen des Angegriffenen gelten auch für den Nothelfer	106
b) Nothilfe darf nicht aufgedrängt werden	106

c) Die Allgemeinheit ist im Rahmen der Nothilfe kein „anderer“	106
d) Rechtfertigung von Hoheitsträgern aus Nothilfe	107
■ Zusammenfassende Übersicht: Notwehr und Nothilfe, § 32	109
II. Selbsthilfrechte	110
1. Selbsthilfe zur Anspruchssicherung nach den §§ 229 ff. BGB	110
2. Selbsthilfe des Besitzers, § 859 BGB	111
III. Vorläufige Festnahme	111
1. Festnahmelage	112
2. Festnahmehandlung	113
3. Festnahmeabsicht	114
Fall 9: Grenzen der Jedermann-Festnahme; §§ 229, 230 BGB	114
IV. Rechtfertigender Notstand	117
1. Notstandslage	118
2. Erforderlichkeit der Notstandshandlung	119
3. Interessenabwägung	120
Fall 10: Präventivnotwehr; Interessenabwägung im Defensivnotstand	121
4. Angemessenheit	123
a) Generelles Abwägungsverbot	124
b) Sonstige oberste Rechtsprinzipien	124
c) Besondere Duldungspflichten	126
5. Gefahrabwendungswille	126
■ Zusammenfassende Übersicht: Rechtfertigender Notstand, § 34	127
V. Erziehungsrecht	128
C. Unrechtsausschlüsse wegen Handelns zum Schutz der Interessen des Rechtsgutträgers	128
I. Rechtfertigende erklärte Einwilligung	128
1. Rechtliche Zulässigkeit	129
2. Einwilligungserklärung	129
a) Zur Disposition Berechtigter	129
b) In Bezug auf Eingriffshandlung und -erfolg	129
c) Kundgabe nach außen	130
3. Wirksamkeit	130
a) Einwilligungsfähigkeit	130
b) Ernstliche und willensmangelfreie Zustimmung	131
Fall 11: Ärztlicher Heileingriff; hypothetische Einwilligung	131
c) Sittenverstoß, § 228	134
Fall 12: Grenzen der Einwilligung bei verabredeten Massenschlägereien	135
4. Subjektives Rechtfertigungselement	137
II. Rechtfertigende mutmaßliche Einwilligung	137
1. Subsidiarität gegenüber dem entgegenstehenden Willen oder einer einholbaren Einwilligung	137
2. Rechtliche Möglichkeit eines Rechtsschutzverzichts	138

3. Übereinstimmung mit dem mutmaßlichen Willen	139
4. Subjektives Rechtfertigungselement	139
III. Die tatbestandsausschließende Einwilligung (Einverständnis)	139
Fall 13: Einverständnis zum Betreten einer Wohnung und zum Gewahrsamsverlust	141
IV. Anerkennung eines „mutmaßlichen Einverständnisses“?	143
■ Zusammenfassende Übersicht: Einwilligung	145
D. Rechtfertigung hoheitlichen Handelns	146
I. Handeln aufgrund eigener Entscheidung	146
II. Vollstreckung eines Urteils oder Verwaltungsakts	148
III. Befolgung einer dienstlichen Weisung	148
IV. Ausführung eines rechtswidrigen, aber verbindlichen Befehls	149
3. Abschnitt: Schuld	150
A. Schuldfähigkeit	151
I. Die altersabhängigen Stufen der Schuldfähigkeit im Allgemeinen	151
II. Biologisch-psychologische Schuldunfähigkeit im Einzelfall	151
III. Hauptanwendungsfall für § 20: Alkoholrausch	152
IV. Die actio libera in causa	154
Fall 14: Entbehrlichkeit der fahrlässigen actio libera in causa und Begründungsmodelle der vorsätzlichen actio libera in causa	155
Fall 15: Fortgeltung der actio libera in causa bei verhaltensneutralen Vorsatzdelikten	162
V. Verminderte Schuldfähigkeit	165
B. Spezielle Schuldmerkmale	166
C. Entschuldigungsgründe	167
I. Notwehrexzess, § 33	167
1. Notwehrlage	167
2. Überschreitung der Notwehrgrenzen	168
3. Asthenischer Affekt	168
4. Innerer Zusammenhang zwischen Exzess und Affekt	169
5. Verteidigungswille	169
Fall 16: Bewusste und verschuldete Notwehrüberschreitung	169
II. Entschuldigender Notstand, § 35	171
1. Notstandslage	172
2. Notstandshandlung	173
3. Gefahrabwendungswille	175
Fall 17: Beseitigung einer Lebensgefahr für sich und einen Nahestehenden	175
Fall 18: Auswirkungen der vom Gefährdeten verschuldeten Notstandslage auf den Notstandshelfer (1. Abwandlung des Falles 17)	177

Fall 19: Auswirkungen der vom Notstandshelfer verschuldeten Notstandslage auf den Gefährdeten (2. Abwandlung des Falles 17)	177
III. Übergesetzlicher entschuldigender Notstand	178
1. Notstandslage	179
2. Notstandshandlung	179
3. Gefahrabwendungswille	180
Fall 20: Quantitativer Lebensnotstand	180
IV. Grenzen strafrechtlicher Entschuldigung	181
■ Zusammenfassende Übersicht: Entschuldigungsgründe	183
D. Unrechtsbewusstsein	184
I. Kein Irrtum nach § 16 oder sonstiger Spezialregel	184
II. Deliktsbezogener Verbotsirrtum im Tatzeitpunkt	184
III. Unvermeidbarkeit oder Vermeidbarkeit	185
4. Abschnitt: Strafausschließungs- oder Strafaufhebungsgründe	186
A. Strafausschließungsgründe	186
I. Persönliche Strafausschließungsgründe	186
II. Sachliche Strafausschließungsgründe	186
B. Strafaufhebungsgründe	187
5. Abschnitt: Strafantrag; andere Strafverfolgungsvoraussetzungen oder -hindernisse	187
A. Strafantrag	187
I. Der Strafantrag muss gesetzlich vorgeschrieben sein	187
II. Der Antrag muss gestellt und darf nicht zurückgenommen sein	187
III. Der Antragsteller muss antragsberechtigt sein	188
IV. Der Antrag muss form- und fristgerecht gestellt worden sein	188
V. Weitere Strafverfolgungsvoraussetzungen	188
B. Strafverfolgungshindernisse	189
I. Verfolgungsverjährung	189
II. Weitere Strafverfolgungshindernisse	190
3. Teil: Das fahrlässige Begehungsdelikt	191
1. Abschnitt: Deliktsstruktur	191
A. Unterschiede zur Vorsatztat	191
B. Fahrlässigkeit	192
I. Definition	192
II. Fahrlässigkeitsformen	192
III. Objektive und individuelle Fahrlässigkeit	193
IV. Standort im Deliktsaufbau	194
V. Ermittlung der Fahrlässigkeit im konkreten Fall	195
1. Sorgfaltswidrigkeit	195
2. Vorhersehbarkeit	197

C. Pflichtwidrigkeits- und Zurechnungszusammenhang zwischen der fahrlässigen Handlung und dem Erfolg	197
I. Nicht mehr gesondert zu prüfende Fallgruppen der objektiven Zurechnung	198
1. Schaffung rechtlich missbilligten Risikos, Sozialadäquanz	198
2. Inadäquanz	198
II. Verbleibende Tatbestandsausschlüsse	198
1. Risikoverringerung	198
2. Erfolg außerhalb des Risikozusammenhangs der fahrlässigen Handlung; hypothetisches rechtmäßiges Alternativverhalten	199
3. Erfolg außerhalb des Schutzzweckzusammenhangs	201
4. Anknüpfende Zweithandlungen	201
a) Anknüpfungshandlungen des Täters oder dritter Personen	201
b) Eigenverantwortliche Selbstgefährdungen des Opfers	201
D. Rechtfertigung	202
E. Schuld	202
I. Allgemeine Schuldelemente	202
II. Fahrlässigkeitsschuld	202
III. Unzumutbarkeit	203
2. Abschnitt: Spezielle Fahrlässigkeitsprobleme	205
A. Sonderwissen	205
B. Die Prüfung hypothetisch rechtmäßigen Alternativverhaltens im Einzelnen; Risikoerhöhungslehre	205
Fall 21: Radfahrer-Fall	205
C. Einverständliche Fremdgefährdung und rechtfertigende Einwilligung in sorgfaltswidriges Verhalten	208
Fall 22: Einverständliche Fremd- und eigenverantwortliche Selbstgefährdung; § 228 zur Begrenzung der rechtfertigenden Einwilligung in Körperverletzungen	208
Fall 23: Einwilligung in Lebensgefährdungen mit Todesfolge (Abwandlung des Falles 22)	212
■ Zusammenfassende Übersicht: Das fahrlässige Begehungs(-Erfolgs-)delikt	215
4. Teil: Das vorsätzliche unechte Unterlassungsdelikt	216
1. Abschnitt: Deliktsstruktur	216
A. Arten der Unterlassungsdelikte	216
B. Aktives Tun oder Unterlassen	216
C. Die besonderen Deliktsmerkmale des § 13	219
I. Tatsächliche Handlungsmöglichkeit	219
II. Garantenstellungen	219
1. Beschützergarantien	219
a) Rechtssatz	219
b) Rechtlich fundierte enge Lebensgemeinschaft	219

c) Gemeinschaften mit Schutzfunktion	220
d) Übernahme von Schutzpflichten	220
e) Besondere berufliche Stellung, insbesondere Amtsträger	222
2. Überwachungsgarantien	223
a) Rechtssatz	223
b) Beherrschung einer Gefahrenquelle	223
aa) Verkehrssicherungspflichten	223
bb) Beherrschung eines räumlich abgegrenzten Bereichs, insbesondere der Wohnung	224
cc) Aufsichtspflichten	224
dd) Reichweite der Garantenpflicht	224
c) Ingerenz	225
III. Gleichwertigkeit des Unterlassens mit aktivem Tun	227
D. (Quasi-)Kausalität	228
E. Gefahr-/Zurechnungszusammenhang zwischen garantenpflichtwidrigem Unterlassen und Erfolg	229
I. Nicht mehr gesondert zu prüfende Fallgruppen der objektiven Zurechnung	229
1. Schaffung rechtlich missbilligten Risikos, Sozialadäquanz, Risikoverringerung	229
2. Hypothetisches rechtmäßiges Alternativverhalten	229
3. Schutzzweckzusammenhang	229
II. Verbleibende Fallgruppen	230
1. Inadäquanz	230
2. Risikoabbruch	230
3. Anknüpfende Zweithandlungen	231
a) Anknüpfungshandlungen des Täters oder dritter Personen	231
b) Eigenverantwortliche Selbstgefährdung	231
F. Vorsatz	232
I. Unterlassungsvorsatz	232
II. Vorsatz in Bezug auf die Quasi-Kausalität	232
G. Rechtswidrigkeit	233
H. Unzumutbarkeit normgemäßen Verhaltens	233
2. Abschnitt: Spezielle Probleme beim unechten Unterlassungsdelikt	235
A. Abgrenzung aktiven Tuns vom Unterlassen	235
Fall 24: Abbruch eigener Rettungshandlungen; Abhalten Rettungswilliger und Kausalität	235
B. Ingerenz	240
Fall 25: Gerechtfertigtes Vorverhalten	240
C. Hypothetisch rechtmäßiges Alternativverhalten; Unterlassungsvorsatz; Rechtfertigung der Unterlassungstat; Unzumutbarkeit	244
Fall 26: Fenstersturz-Fall	244
D. Rechtfertigende Pflichtenkollision	247
Fall 27: Kollision gleichrangiger Handlungspflichten	247

■ Zusammenfassende Übersicht: Besonderheiten des vorsätzlichen unechten Unterlassungsdelikt	249
5. Teil: Das fahrlässige unechte Unterlassungsdelikt	250
1. Abschnitt: Deliktsstruktur	250
2. Abschnitt: Abgrenzung Tun/Unterlassen	250
3. Abschnitt: Keine selbstständige Bedeutung des Zurechnungs- oder Gefahrzusammenhangs mehr	251
4. Abschnitt: Fallanwendung	253
Fall 28: Abgrenzung aktives Tun und Unterlassen bei der Fahrlässigkeitstat; sorgfaltswidriges Unterlassen	253
Fall 29: Quasi-Kausalität und Risikoverminderung	254
6. Teil: Vorsatz-Fahrlässigkeits-Kombinationen, speziell: das erfolgsqualifizierte Delikt	256
1. Abschnitt: Deliktsstruktur	256
A. Strafbegründende Vorsatz-Fahrlässigkeits-Kombinationen	256
B. Strafschärfende Vorsatz-Fahrlässigkeits-Kombinationen	256
2. Abschnitt: Tatbestandsspezifischer Gefahrzusammenhang zwischen Grunddelikt und schwerer Folge	257
3. Abschnitt: Keine darüber hinausgehende Bedeutung des Zurechnungs- oder Gefahrzusammenhangs mehr	258
4. Abschnitt: Aufbau	258
Fall 30: Gefahrenspezifischer Zusammenhang bei Körperverletzung mit Todesfolge	260
Stichwortverzeichnis	265